

Schlaglicht Familienpolitik

kfd-Frauen fordern Ausweitung des Elterngeldes auf 18 Monate

In seinem neuen Eckpunktepapier „Familienpolitik“ hat der kfd-Bundesverband im Januar 2009 die Einführung des Elterngeldes ausdrücklich begrüßt und das Gesetz als ersten Schritt in die richtige Richtung gewertet. Gleichzeitig jedoch hat sich die kfd dafür ausgesprochen, dass der gesetzliche Anspruch auf finanziell unterstützte Elternzeit auf 18 (12+6) Monate ausgedehnt wird. Dabei, so fordert die kfd, ist besonders jungen Vätern die konkrete Möglichkeit zu eröffnen, von diesen 18 Monaten sechs für sich zu beanspruchen.

Mit der Ausweitung der finanzierten Elternzeit ist dem Wunsch vieler Eltern - besonders der jungen Mütter - Rechnung zu tragen, sich länger als ein Jahr ganz der Familie und der Pflege und Erziehung des Kindes widmen zu können. Zur Stabilisierung der neuen Lebensphase und zum Aufbau einer tragenden Beziehung und Bindung zwischen Kind und Eltern ist die Ermöglichung von mehr Familien-Zeit eine gute und in vielen Fällen notwendige Voraussetzung. Mehr als 1/3 der jungen Frauen steht zu ihrer Überzeugung, dass mehr Eltern-Zeit für die gesamte Entwicklung ihres Kindes positiv ist. Sie stellen das Kindeswohl bewusst über ihre Ansprüche an eine außerhäusliche Beschäftigung. Auch die moderne Bindungsforschung betont den Zeitfaktor für den Aufbau einer lebenslang tragfähigen Bindung. Sowohl im kognitiven als auch im emotionalen und sozialen Bereich ist diese in der frühen Kindheit grundlegende Fähigkeit zur Bindung und der damit verbundenen Fähigkeit zum Vertrauensaufbau- und -ausbau eine notwendige Basis für gelingendes Leben.

Der kfd-Bundesverband versteht sich als Fürsprecher der jungen Frauengeneration, denn bei ihr liegt die Zukunft des Verbandes und auch die Zukunft der gesamten Gesellschaft.

Von daher sollten die Wünsche junger Frauen nach mehr vom Staat finanzierter Eltern-Zeit anerkannt und wertgeschätzt werden. kfd-Frauen sind überzeugt, dass Erziehung eine gesellschaftlich elementar wichtige Aufgabe ist, die die Basis für eine funktionierende Demokratie liefert. Parteiprogramme zur Wahl und auch das sich anschließende Regierungsprogramm sollten dieses deutlich benennen und in politisches Handeln umsetzen.